



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 7. JUNI 2023

Europäisches Parlament fordert Maßnahmen gegen ungarische Ratspräsidentschaft

Am Donnerstag, den 1. Juni, verabschiedete das Europäische Parlament (EP) eine Resolution gegen die in der zweiten Jahreshälfte 2024 anstehende rotierende ungarische Ratspräsidentschaft, in welcher es Ungarn scharf kritisierte und gleichzeitig Druck auf den Europäischen Rat auszuüben gedenkt. Sollte der Rat nicht handeln, würde das Parlament entsprechende Schritte einleiten.

Mit 442 Ja-Stimmen zu 144 Nein-Stimmen bei 33 Enthaltungen kam die EntschlieÙung in der Abstimmung durch das Parlament, deren Verabschiedung im Vorfeld bereits von mehreren großen Fraktionen angedroht worden war. Unter der Liste der Kritikpunkte findet sich im Wesentlichen nicht viel Neues: Kritik an den Wahlen, die Einschüchterung der Wirtschaft, das Regieren per Verordnungen, das Verfahren nach Artikel 7, das Versäumnis, länderspezifische Empfehlungen umzusetzen, die eingefrorenen Gelder sowie das Versäumnis, der Europäischen Staatsanwaltschaft beizutreten. Darüber hinaus bedauerte das Parlament sehr, dass die Kommission in dem Verfahren nach Artikel 7 gegen Ungarn nicht energisch genug vorgegangen sei, und fordert das Gremium auf, seine ursprüngliche Rolle als Hüterin der Verträge in dem Verfahren gegen Ungarn konsequent wahrzunehmen. In der EntschlieÙung heißt es ferner, dass die Meilensteine, die die Kommission von der ungarischen Regierung als Gegenleistung für die Freigabe wichtiger EU-Gelder fordert, allein nicht mehr ausreichen würden, um die Probleme der ungarischen Rechtsstaatlichkeit zu lösen. Ferner solle man im Falle des Falles besagte Gelder lieber ohne Beteiligung der ungarischen Regierung verteilen.

Kernpunkt der Resolution ist jedoch Punkt 11, unter dem es heißt, dass das ungarische Kabinett die in Artikel 2 des EU-Vertrags verankerten Grundwerte nicht respektiere und den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit nicht beachte, sodass es in Zweifel stehe, ob man die EU-Ratspräsidentschaft, die für die Rechtssetzung der EU sehr wichtig sei, übernehmen können solle. Da die Aufgabe der Ratspräsidentschaft die Vertretung der gemeinsamen Interessen der Union, nicht der nationalen Interessen ist, könnte ein konziliatorischer Ansatz der ungarischen Regierung sein, die eigenen strittigen Themen für diesen sechsmonatigen Zeitraum beiseitezulassen und die anderen Mitglieder des Dreivorsitzes mit allen Fragen der Rechtsstaatlichkeit zu betrauen.

Zu diesem Kompromiss scheint Budapest nicht bereit. Justizministerin Judit Varga entgegnete in recht unversöhnlichem Ton, der Brüssel kaum beschwichtigen dürfte, dass während des sechsmonatigen Ratsvorsitzes was Fragen der Rechtsstaatlichkeit anbelange, geprüft werden sollte, ob diese überhaupt vom EP selbst respektiert würde. In Anbetracht dieser „Kriegserklärung“ wird es interessant sein, ob sich im Rat eine angemessene Lösung für den ungarischen Ratsvorsitz, etwa im Sinne einer Verschiebung oder Streichung, finden lassen wird.

Falls nicht, so hat das EP zwar eigentlich in dieser Angelegenheit keine Befugnisse, das heißt es kann nicht selbst über die rotierende Präsidentschaft entscheiden, es könnte sich aber am Rat „rächen“, wenn es feststellen sollte, dass dieser nicht tätig würde. So könnte das Parlament einerseits einen Misstrauensantrag gegen die Kommission stellen, deren Mitglieder vom Rat entsandt worden sind. Andererseits wäre die weniger radikale Option des Parlaments, schlichtweg die sechs Monate des ungarischen Ratsvorsitzes zu boykottieren.

Die nächsten Schritte des Rates in Reaktion auf die Resolution bleiben nun abzuwarten. In der, der Parlamentsresolution vorausgehenden Ratssitzung äußerten sowohl die deutschen wie auch niederländischen EU-Minister, sie seien nicht zuversichtlich, dass Ungarn die Aufgaben der rotierenden Ratspräsidentschaft bewältigen könne. Und Deutschland, ebenso wie Frankreich, wird als einer der beiden großen Mitgliedsstaaten bei der endgültigen Entscheidung sicherlich ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Delegation des Europäischen Parlamentes in Ungarn

In der dritten Maiwoche vom 15. bis 17. Mai besuchte eine Delegation des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments (EP) unter Führung der CSU-Europaabgeordneten Monika Hohlmeier die ungarische Hauptstadt Budapest. Ziel der Reise war primär die Überprüfung des öffentlichen Auftragswesens und der Verwendung von EU-Mitteln in Ungarn im Kontext der gestrichenen EU-Haushaltsmittel. Im Rahmen ihres Programms traf die Delegation unter anderem mit verschiedenen NGOs, dem Budapester Oberbürgermeister Gergely Karácsony, linken und liberalen Journalisten sowie Vertretern der Parlamentsausschüsse zusammen.

Delegationsleiterin Hohlmeier erklärte in der Abschlusspressekonferenz, man habe „viele interessante Gespräche geführt“. Die deutsche EP-Abgeordnete verlas eine vorbereitete Erklärung, in der sie die ungarische Regierung aufforderte, „unverzüglich alle sogenannten 27 Super-Meilensteine und vier Dimensionen zu erfüllen und die Brüche der Rechtsstaatlichkeit einzustellen“. Positiv sei die Arbeit der neuen Integritätsbehörde sowie die Kooperation der Steuer- und Zollbehörden mit der europäischen Antikorruptionsbehörde OLAF hervorzuheben. Weiterhin die Stärkung des Nationalen Justizrates. Kritisiert wurden nach wie vor mangelnde Transparenz, diverse korrupte Praktiken sowie undemokratische bzw. unfaire Regeln und Vorgehensweisen. Über die Bedeutung der EU-Mittel für die Entwicklung Ungarns sei man sich bewusst, bei der Verteilung der Mittel dürften politische Interessen jedoch keine Rolle spielen

Der grüne Europaabgeordnete Daniel Freund betonte, man habe „eine Menge Dinge herausgefunden, die in anderen Mitgliedsstaaten undenkbar wären“. Er fügte in Hinblick auf die eingefrorenen Gelder und die ungarische Bevölkerung hinzu: „Wir wissen, dass wir Leid verursachen“. Er versicherte, dass die EU-Gelder so schnell wie möglich in Ungarn ankommen sollten. Die EU-Mittel sollten jedoch nicht „Familie und Freunde Viktor Orbáns bereichern“.

Minister für nationale Entwicklung Tibor Navracsics ließ in seiner Stellungnahme im Voraus verlautbaren, die Gespräche mit der Delegation des Haushaltskontrollausschusses seien sachlich und auf gegenseitiges Verständnis ausgerichtet gewesen. Auch wenn man zuversichtlich sei, die Mitglieder in bestimmten Fragen überzeugt haben zu können, sei man wenig optimistisch, insgesamt eine positiv ausfallende Gesamtbewertung erreichen zu können.

Des Weiteren beklagte er, dass es „auffällig gewesen sei, dass die Delegation das Hintergrundmaterial nicht gelesen habe, das ihr im Vorfeld zur Vertiefung der Informationen zugesandt worden war“. Zugleich hätten auch „politische Vorurteile die Meinungen der Delegationsmitglieder beeinflusst“, was teilweise zu „sachlichen Fehlern in den Fragen“ geführt habe.

Österreichisches Außenministerium bestellt ungarischen Botschafter ein

Der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg gab am Montag, den 22. Mai die Einberufung des ungarischen Botschafters bekannt. Der Schritt erfolgte angesichts von Presseberichten, wonach der ungarische Staat 700 ausländische Menschenhändler freilassen werde, da die ungarischen Gefängnisse überfüllt seien. Österreich hatte am Tag zuvor verschärfte Grenzkontrollen für ungarische, rumänische und serbische Kfz angeordnet.

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó erklärte über die Freilassung der Menschenschmuggler, dass nach ungarischem Verständnis ausländische Kriminelle des Landes verwiesen würden. Bedingung für die Freilassung sei das Verlassen des ungarischen Staatsgebietes binnen 72 Stunden. „Es wäre besser, wenn sie nie wieder hierherkämen“, fügte er hinzu.

Zwar sollten die Kriminellen das Land Richtung ihrer eigenen Heimat verlassen, eine Kontrolle und Umsetzung dieser Vorgabe dürfte sich jedoch als schwierig gestalten, weswegen Österreich den Vorwurf gegenüber Ungarn hegt, Scharen von Straftätern nach Westeuropa einreisen zu lassen. Vor einem Gipfeltreffen der EU-Außenminister in Brüssel betonte Schallenberg vor Reportern, der ungarische Botschafter solle die Situation in dem laufenden Streit klären. Er sagte: „Wir denken, dass dies eine völlig falsche Botschaft ist.“ Sollten die Schlepper trotz Ausreisegebot von Ungarn aus in ein anderes EU-Mitgliedsland einreisen, so hätten sie den Rest ihrer Haftstrafe dort abzusitzen, wo sie gelandet sind.

Hintergrund der ungarischen Entscheidung wiederum ist, dass in den ungarischen Gefängnissen über 2.000 Schlepper inhaftiert sind, die etwa 13 Prozent der Gesamtinsassen ausmachen. Die derzeitige Überfüllung der ungarischen Gefängnisse ist in erster Linie darauf zurückzuführen. Mit der Freilassung und Ausweisung der Schleuser würde der ungarische Staat schätzungsweise mehrere Milliarden Forint sparen. Hinzu kommen die fortwährend hohen Kosten für die Aufrechterhaltung des Grenzschutzes an den Schengen-Grenzen, von denen Staaten wie Österreich oder Deutschland profitieren, sich jedoch finanziell nicht an der Instandhaltung des Grenzzauns beteiligen. Mit der Freilassung der Schlepper, so Medienberichte, könne Druck auf diese Staaten aufgebaut werden, was die Europäische Union dazu bewegen könnte, den ungarischen Grenzschutz endlich finanziell zu unterstützen. Des Weiteren handelt es sich bei den 700 Freigelassenen nur um Personen mit Haftstrafen von fünf Jahren oder weniger, der Gutteil stammt aus Serbien, Rumänien und der Ukraine. Die ungarische Entscheidung würde „niemandem schaden“ und sei nicht gegen eines der Nachbarländer gerichtet, so Andor Nagy, der ungarische Botschafter in Wien.

CPAC 2023 wieder in Budapest

Wie bereits im vergangenen Jahr fand auch in diesem Jahr erneut zum zweiten Mal die CPAC (Conservative Political Action Conference) in Budapest statt, welche vom regierungsnahen Zentrum für Grundrechte organisiert wurde. Bei der Veranstaltung handelt es sich ursprünglich um die jährliche Generalversammlung der amerikanischen Konservativen seit den 1970er Jahren, welche in jüngerer Zeit aber auch in andere Staaten und Kontinente expandierte, so 2022 mit ihrem ersten europäischen Forum nach Budapest. Auf der diesjährigen Konferenz wurden Reden von Mitgliedern der ungarischen Regierung und mehreren ausländischen Politikern gehalten, darunter der ehemalige slowenische Ministerpräsident Janez Janša und der ehemalige tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš.

„Ich heiße die Verteidiger der freien Welt in Budapest willkommen und danke Ihnen, dass Sie bei uns sind“, begann Viktor Orbán seine Rede auf der zweitägigen CPAC Hungary-Konferenz am Donnerstag, den 4. Mai. Über den Standort Ungarn gebe es eine Sache, die das kleine Land zu einem wichtigen Faktor mache. Ungarn sei ein Inkubator, in dem die konservative Politik der Zukunft erprobt werde. Er fügte hinzu, dass nur eine konservative Politik dort helfen könne, wo die Liberalen ein Land zerstörten. Die freie Welt stünde nämlich unter Beschuss. Es handle sich dabei jedoch nicht etwa um einen wirtschaftlichen Beschuss, sondern eine biologische Waffe. Sie sei in den progressiven liberalen Labors entwickelt worden: Ein Nationen zerstörendes Virus, das die Nationen pulverisieren werde.

Leider, führte Orbán fort, sei dieser Angriff erfolgreich. Der Westen hinke wirtschaftlich und ressourcen- wie bevölkerungstechnisch hinterher. Er stehe im Wettlauf der Zivilisationen nicht gut da. Das Virus, von welchem „Gender und Woke“ lediglich Varianten seien, Sorge dafür, dass der Respekt und die Akzeptanz füreinander verschwinden würden. Vergleichbar wie im Kommunismus und Marxismus werde in einem Klassenkampf die Nation erneut in Klassen eingeteilt und verkündet, dass die Klasse wichtiger sei als die Nation. Die progressive Außenpolitik führe jedoch immer in den Krieg.

Mit Präsident Trump hingegen hätte und würde es keinen Krieg geben. Setze man sich jedoch dafür ein, dass Krieg nicht im Interesse des Westens liege, würde man automatisch „vor Putins Karren gespannt“. Nichtsdestotrotz liege das „Gegenmittel für das progressive Virus [...] hier in Ungarn“. Er resümierte: „Wir müssen uns nur vor den Wahlen auf die Fahne schreiben: keine Migration, kein Gender, kein Krieg!“

Warum Ungarn die EU-Gelder für die Ukraine blockiert hat

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó wurde Mitte Mai in einem Interview mit der ungarischen Tageszeitung Magyar Nemzet deutlich über die Gründe für die Blockade der letzten Tranche von EU-Geldern der Europäischen Friedensfazilität in Höhe von 500 Millionen Euro Richtung Ukraine. So werde es für Ungarn schwierig sein, über weitere Finanz- und Wirtschaftshilfe zu verhandeln, solange die Ukraine die größte ungarische Bank nicht von der Liste der internationalen Sponsoren des Krieges streiche:

„OTP ist Ungarns größte Bank. OTP hat gegen kein internationales Recht verstoßen. Die Geschäfte der OTP entsprechen in vollem Umfang allen Anforderungen und Gesetzen. Im Vergleich dazu ist die Aufnahme der Bank in die Liste der internationalen Sponsoren des Krieges in der Ukraine inakzeptabel und skandalös“, so der Minister am 12. Mai in Stockholm,

„Ich habe heute deutlich gemacht, dass es uns bis dahin sehr schwerfallen wird, auch nur in Verhandlungen über das elfte Sanktionspaket einzutreten. Wir werden uns sehr schwertun, über weitere aufopferungsvolle wirtschaftliche Restriktionsmaßnahmen zu verhandeln, solange die OTP auf dieser speziellen ukrainischen Liste steht“.

Weiterhin betonte Szijjártó, dass die ungarische Regierung auch darüber empört sei, dass der ukrainische Präsident Selenskyj die Sprengung der Ölpipeline der Freundschaft (Druschba) erwäge, die für das Funktionieren der ungarischen Industrie entscheidend sei. Ungarn bezieht mehr als 60 Prozent seiner Öleinfuhren über diese Pipeline.

Ungarn habe die Gelder der Friedensfazilität auch deshalb nicht genehmigt, weil es Garantien dafür haben wollte, dass das Programm auch in Zukunft seinen „globalen Horizont“ beibehalte und nicht nur für Rüstungszwecke verwendet werde. Das Programm wurde für die EU-Ziele „Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Stärkung der internationalen Sicherheit“ eingerichtet, wird aber jetzt hauptsächlich zur Unterstützung der Ukraine eingesetzt. Auch Ungarn trägt seinen Teil dazu bei, allerdings mit der Maßgabe, dass die Gelder nicht für den Kauf von Waffen für die Ukraine verwendet würden, sondern beispielsweise zur Stärkung der Stabilität auf dem westlichen Balkan und zur Verringerung des Migrationsdrucks, hieß es.

Ungarische Soldaten nach Ausschreitungen im Kosovo verletzt

Seit Freitag des Pfingstwochenendes kam es zu Unruhen im maßgeblich von Serben bevölkerten Norden des ansonsten vor allem von Albanern bewohnten Kosovo. Dem vorangegangen waren vorgezogene Bürgermeisterwahlen am 23. Mai in vier Gemeinden im Nordkosovo, nachdem die dortigen Gemeindevorsteher im November wegen eines Streits zwischen Serbien und Kosovo zurückgetreten waren. Die Mehrheit der Serben boykottierte die vorgezogenen Wahlen, was zu einer Wahlbeteiligung von lediglich 3,47 Prozent führte, mit dem Ergebnis, dass die Gemeinden auf Grundlage der wenigen abgegebenen Stimmen fortan von albanischen Bürgermeistern geführt werden sollten. Weder die Serben vor Ort noch Belgrad finden es akzeptabel, dass eine so niedrige Wahlbeteiligung und der Boykott der Wahlen durch die Serben von Pristina als legitim bezeichnet wurde. Als die neugewählten albanischen Bürgermeister ihr Amt antreten wollten, entzündeten sich gewaltsame Proteste, an deren Deeskalation neben der kosovarischen Spezialpolizei auch italienische und ungarische Soldaten der NATO-Friedenstruppe KFOR beteiligt waren. Bedauerlicherweise wurden im Rahmen dieser Mission 27 ungarische und 11 italienische Soldaten, die mit den protestierenden Serben zusammenstießen, zum Teil schwer verletzt. 12 der verletzten ungarischen Soldaten wurden daraufhin nach Ungarn zur Behandlung heimgeflogen. Staatspräsidentin Katalin Novák besuchte am 31. Mai die verwundeten ungarischen Friedenshüter im Militärkrankenhaus.

Ungarn habe ein Interesse an Frieden und Ruhe auf dem Westbalkan, erklärte Ungarns Außenminister Péter Szijjártó kurz nach den Zusammenstößen. „Wir leisten unseren Beitrag für den Frieden, denn Hunderte unserer Soldaten sind im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina im Einsatz“, so der Außenminister. „Leider ist die große Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten gegen die Erweiterung. Die europäischen Institutionen handeln besonders langsam, obwohl klar ist, dass die europäische Integration ein gutes Instrument für Frieden und Ruhe in dieser Region ist.“, so Szijjártó.

Nachtrag: Einigung beim Einfuhrverbot landwirtschaftlicher Produkte aus der Ukraine

Wie wir im letzten Monatsbrief berichteten, setzten vier EU-Mitgliedsstaaten, darunter Ungarn, zwischenzeitlich die Einfuhr billiger landwirtschaftlicher Importprodukte aus der Ukraine aus, um den heimischen mitteleuropäischen Agrarsektor vor Wettbewerbsverzerrungen zu schützen. Noch Ende des vergangenen Monats gelangte man in einer Verhandlung der vier betreffenden Mitgliedsstaaten sowie Rumäniens mit der Europäischen Kommission zu einer Einigung. Demnach werden Polen, Bulgarien, die Slowakei und Ungarn ihre Maßnahmen wieder aufheben.

Im Gegenzug werde es, um den Landwirtschaftsmärkten der fünf Staaten entgegenzukommen, für die Agrarprodukte Weizen, Mais, Raps sowie Sonnenblumenkerne „außergewöhnliche Schutzmaßnahmen“ geben. So dürften die fraglichen landwirtschaftlichen Produkte aus der Ukraine nur noch zum Weitertransport, nicht aber für den Verkauf in den fünf EU-Nachbarn in die Europäische Union eingeführt werden. Zu dem Abkommen gehöre weiterhin ein Hilfspaket im Wert von 100 Millionen Euro für betroffene Landwirte.

Die gemeinsame EU-Verordnung trat am Samstag, den 13. Mai, in Kraft und ersetzt damit die nationalen Regelungen für ukrainische Getreideeinfuhren. „Man hat endlich verstanden, dass der Zustrom ukrainischer Agrarerzeugnisse in die Europäische Union eine so große Störung des Binnenmarktes verursacht, dass man sich damit befassen muss“, erklärte Landwirtschaftsminister István Nagy auf einer Pressekonferenz in Záhony. Verpflichtungen von Verträgen, die vor dem 2. Mai geschlossen wurden, würden durch die EU-Verordnung nicht geregelt, so dass die ungarische Verordnung für die früheren Verträge gelte. Die Transittransporte seien gesichert, der Solidaritätskorridor sei eingerichtet, und alle Sendungen, die an der Grenze ins Land kommen, würden dokumentiert, kontrolliert, versiegelt und streng überwacht, bis sie das Land verlassen.

Slowakei bekommt ersten Ministerpräsidenten ungarischer Nationalität

Wie die slowakische Präsidentin Zuzana Caputová Anfang Mai ankündigte, wird die Slowakei bis zu den vorgezogenen Neuwahlen von einer Expertenregierung regiert werden. Als Interims-Ministerpräsidenten dieser Übergangsregierung beauftragte sie Lajos Ódor, den bisherigen Vizepräsidenten der slowakischen Nationalbank.

Diese Entscheidung folgte auf das Gesuch des bisher amtierenden slowakischen Ministerpräsidenten Eduard Heger um seine Entlassung bei Präsidentin Caputová. Er begründete seine Entscheidung damit, dass das Staatsoberhaupt keinen seiner alternativen Vorschläge akzeptiert habe. Die Regierung Heger war Ende Dezember einem Misstrauensvotum im Parlament unterlegen und befand sich seitdem in der Rolle einer noch bis zu den Neuwahlen geschäftsführenden Regierung in der Krise. Kurz vor dem Rücktrittsgesuch hatten zwei Kabinettsmitglieder ihre Absicht bekundet, die Regierung zu verlassen.

Nun soll also Lajos Ódor als amtierender Ministerpräsident einer Expertenregierung bis zu den vorgezogenen Neuwahlen am 30. September die Amtsgeschäfte übernehmen. Ódor ist Mitglied der ungarischen Nationalität des Landes. Er stammt aus Komárno (ung. Komárom), einer Stadt im Südwesten der Slowakei mit einem Ungarnanteil von über 60 Prozent, wo er das ungarischsprachige Gymnasium absolvierte. Seit Januar 2016 ist er Gastprofessor an der Central European University (CEU). Weiterhin ist er Mitglied des Akademischen Rates des

Ungarischen Fachkollegiums Bratislava (PMSZ). Er ist der erste slowakische Ministerpräsident ungarischer Nationalität in der Slowakei.

Die Magyaren bilden die größte ethnische Minderheit in der Slowakei. Laut der letzten Volkszählung von 2021 lebten im Land 422.065 Ungarn. Sie bilden damit fast 7,7 Prozent der Gesamtbevölkerung der Slowakei. Sie leben vorwiegend im Süden des Landes entlang der Grenze mit Ungarn und sind mehrheitlich zweisprachig. 2001 bildeten die Magyaren mit 520.528 Angehörigen noch 9,67 Prozent der Bevölkerung, zehn Jahre zuvor noch 10,67 Prozent. Der Bevölkerungstrend der Ungarn in der Slowakei ist also leider stetig abnehmend.

Ungarn bekommt sein Ungarn-Ticket

Am 1. Mai führte Ungarn neue Pauschaltickets für den öffentlichen Personennahverkehr ein, mit denen – gleich dem Deutschlandticket – fast alle Bus- und Bahnverbindungen einen Monat lang genutzt werden könnten. Das einmonatige Vollpreisticket für ein Komitat kostet 9.450 Forint (ca. 25 Euro), für das gesamte Land 18.900 Forint (ca. 50 Euro). Studenten, Schüler und Kindergartenkinder ab sechs Jahren sowie Behinderte erhalten eine Ermäßigung von ganzen 90 Prozent, 945 Forint (ca. 2,50 Euro) bzw. 1.890 Forint (ca. 5 Euro).

Laut Auskunft der MÁV-Volán-Gruppe (bestehend aus den Ungarischen Staatseisenbahnen MÁV sowie dem ungarischen Linienbusbetreiber Volán) Ende Mai hätten sich die neu eingeführten Komitats- und Landestickets bereits über 300.000-mal verkauft. Damit würden ihre Verkaufszahlen die Zahlen aller in den Vormonaten verkauften Abomodelle übersteigen.

Von den insgesamt 304.000 verkauften Fahrkarten des neuen Tarifprodukts handelt es sich bei 220.000 um komitatsweite Tickets, die restlichen belaufen sich auf das landesweite Pendant.

Die Verkaufszahlen aus dem Mai lagen in der ersten Woche ganze 70.000 Verkäufe über dem Durchschnitt der vier Vormonate. Ein Regional- oder Landesticket kann zudem auch von ausländischen Staatsbürgern erstanden werden, Studenten aus Deutschland mit einem gültigen Studentenausweis können das ermäßigte Ticket erwerben. Die Fahrkarten können neben den üblichen Verkaufsstellen auch in digital in der MÁV-App gekauft werden.

Meinungsforschung: Kriegs- oder Friedenshaltung im Ukrainekrieg?

Eine neue repräsentative Meinungsumfrage des regierungsfreundlichen ungarischen Nézöpont-Institutes vom 22. Mai hat die Einstellungen der ungarischen Bürger bezüglich ausgewählter Spitzenpolitiker und ihrer perzipierten Position zum Russisch-Ukrainischen Krieg erhoben. Der Wortlaut der Frage war: „Wer steht Ihrer Meinung nach von den untenstehenden Personen im Russisch-Ukrainischen Krieg auf der Seite des Friedens und wer auf der Seite des Krieges?“.

92 Prozent der Ungarn nahmen Papst Franziskus als führenden Mann des Friedens wahr, wohingegen lediglich 1 Prozent ihn auf Seiten der Kriegstreiber sahen, gefolgt von Viktor Orbán mit 72 zu 14 Prozent. Interessanterweise schätzen ihn nicht nur 94 Prozent der Fidesz-Wähler auf Seite der Friedensstifter ein, sondern sogar mit 50 Prozent die Hälfte der Oppositionswähler. Als Kriegstreiber sahen ihn 1 Prozent der Fidesz- bzw. 30 Prozent der Oppositionswähler.

Die Einschätzungen der beiden großen EU-Mitgliedsstaaten zeigen sich gespalten und unentschieden. Emmanuel Macron, der französische Präsident, wird in Ungarn von einer Mehrheit eher auf Seiten der Wortführer für den Frieden gesehen (46 zu 19 Prozent), Bundeskanzler Olaf Scholz hingegen leicht, wenn auch uneindeutig, auf der Kriegseite (33 zu 35 Prozent). Dies dürfte mit seinem Kurswechsel in der Frage der Waffenlieferungen im Laufe des Krieges zusammenhängen.

Im Hinblick auf die beiden Kriegsparteien sowie dem größten Waffenlieferanten der Ukraine, den USA, tendiert die Mehrheit der Ungarn dazu, diese als Kriegstreiber wahrzunehmen. Den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sehen 53 Prozent als eindeutig kriegsbefürwortend (während 30 Prozent ihn auf der Friedensseite sehen). US-Präsident Biden wird mit 58 zu 23 Prozent auf Seiten der Kriegstreiber eingeordnet. Schlusslicht bildet der russische Präsident Wladimir Putin, den mit 68 zu 16 Prozent über zwei Drittel der Ungarn klar als Kriegsbefürworter sehen.



A Nézőpont Intézet legfrissebb közvélemény-kutatása 2023. május 15-17. között 1000 fő telefonos megkérdezésével készült. Bázis: magyar választók

Umfrage: „Ferenc Pápa és Orbán Viktor a béke, Joe Biden és Vlagyimir Putyin a háború pártján“ (Papst Franziskus und Viktor Orbán auf der Seite des Friedens, Joe Biden und Vladimir Putin auf der des Krieges; Quelle: Nézőpont, 22.05.2023)

Neuigkeiten vom Mathias Corvinus Collegium

MCC kauft Österreichs führende Privatuniversität

Um seine internationale Netzwerkbildung fortzuführen, hat das MCC eine Beteiligung von 90 Prozent an der Modul University in Wien erworben, die den Studierenden des MCC und der ungarischen Karpatenregion eine weitere einzigartige Ausbildungs- und Lernmöglichkeit bietet. Darüber hinaus beteiligt sich die Einrichtung für Begabtenförderung auch an wichtigen internationalen Forschungsprojekten. Weitere Informationen finden Sie auf unserer [Homepage](#). Ebenso möchten wir folgenden Artikel in [Tichys Einblick](#) empfehlen, der die Expansion des MCC nach Österreich analysiert.



Modul-Universität auf dem Kahlenberg in Wien

Neue Partnerschaft zwischen MCC und ESMT

Vor wenigen Wochen ging das MCC auch eine Partnerschaft mit der ESMT-Hochschule in Berlin ein, um mehr als 20 Studenten pro Jahr ein Stipendium an der renommiertesten deutschen Wirtschaftshochschule zu gewähren. Die feierliche Unterzeichnung der Kooperation erfolgte am 31. Mai 2023 im MCC in Budapest zwischen Prof. Dr. Jörg Rocholl, Präsident der ESMT Berlin, und Dr. Zoltán Szalai, Generaldirektor des MCC, im Beisein von Botschafterin Julia Gross und dem MCC-Kuratoriumsvorsitzenden Dr. Balázs Orbán. Einen ausführlichen Bericht darüber finden Sie in der [Budapester Zeitung](#).



Prof. Dr. Jörg Rocholl, Präsident der ESMT Berlin, Dr. Zoltán Szalai, Generaldirektor des MCC bei der feierlichen Unterzeichnung der Partnerschaftsvereinbarung am 31. Mai 2023 in Budapest

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt fortlaufend **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-

Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Die globalen Entwicklungen der letzten Jahre haben die europäischen Länder mit einer Reihe politischer, wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen konfrontiert, die unser Kontinent noch immer weitgehend unbewältigt gelassen hat. So resümiert **Prof. Dr. Matthias HERDEGEN**, Direktor am Institut für Öffentliches Recht sowie am Institut für Völkerrecht der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, in seinem 2023 erschienenen Buch mit dem Titel „Heile Welt in der Zeitenwende: Idealismus und Realismus in Recht und Politik“ die besondere Lage der westlichen Welt. In Anlehnung an Prof. Herdegens brandaktuelles Werk der Allgemeinpolitik lud das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit (DUI) am Mathias Corvinus Collegium (MCC) am **4. Mai 2023** zum Vortrag „**Tektonische Verschiebungen in der Weltordnung: neue Verantwortung für die Europäische Union?**“ samt Podiumsdiskussion mit dem Autor ein. Moderiert wurde der Abend von **Dr. Alexander GRAU**, freier Publizist, Philosoph, Kultur- und Wissenschaftsjournalist sowie Visiting Fellow am DUI. Die Veranstaltung wurde von rund 60 Teilnehmern besucht. Für weitere Einblicke in die Thematik empfehlen wir unseren [Veranstaltungsbericht](#).

Der Unterschied von Multikulturalität und Multikulturalismus ist einfach. Der eine Begriff – Multikulturalität – beschreibt eine empirische Tatsache. Der andere – Multikulturalismus – ein ideologisches Ziel. Letzteres, also der Multikulturalismus, strebt einen grundlegenden Umbau der europäischen Gesellschaften an.“ Mit diesen Worten fasste **Dr. Alexander GRAU**, Publizist, Philosoph, Journalist und derzeitiger Visiting Fellow des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit (DUI) am Mathias Corvinus Collegium (MCC), seinen Kurzvortrag zusammen, den er am **16. Mai 2023** im Rahmen der Veranstaltung „**Multikulturalismus – Traum oder Alptraum?**“ am **MCC Zalaegerszeg** hielt. An Graus Vortrag schloss sich eine ca. einstündige Podiumsdiskussion mit **Bence BAUER**, Direktor des DUI, moderiert von **Alexander RASTHOFER**, Projektassistent für Forschung des DUI, an. Den Veranstaltungsbericht finden Sie auf unserer [Homepage](#).

Wokeness und Kapitalismus scheinen ein Widerspruch zu sein. Denn wie soll eine angeblich neomarxistische Ideologie mit einem kapitalistischen Wirtschaftssystem zusammenpassen? **Dr. Alexander GRAU**, freischaffender Publizist, Philosoph und Visiting Fellow des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, skizzierte in der Veranstaltung „**Der woke Kapitalismus**“ am **17. Mai 2023** im Scruton Café des Mathias Corvinus Collegium vor gut 50 Gästen, wie es kommen konnte, dass die Moral zum alles dominierenden Element

zeitgenössischer Diskussionen werden konnte. Die Veranstaltung wurde vom Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, **Bence BAUER**, eröffnet, und vom DUI-Forschungskordinator **Martin BÖHM** moderiert. [Hier](#) geht es zum Bericht über die Veranstaltung.

„**Was bedeutet die Familie für die Europäer?**“ war die themengebende Leitfrage der Veranstaltung, die von der deutschen „**Stiftung für Familienwerte**“ am **30. Mai 2023** in **Düsseldorf** organisiert wurde. Für die Stiftung für Familienwerte sprach **Sylvia PANTEL** (CDU), ehemaliges Mitglied des Bundestages. Vor den insgesamt 60 geladenen Gästen referierten weiterhin **Zsófia NAGY-VARGHA**, stellvertretende Staatssekretärin für Jugend Ungarns, **Andrea HECK**, Stiftung für Familienwerte, **Cornelia KAMINSKI**, Alfa e.V., und Karl-Heinz **VAN LIER**, Stiftung für Familienwerte Deutschland. Das Mathias Corvinus Collegium wurde von **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, vertreten. Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Die Wissenschaftsfreiheit ist – neben der Pressefreiheit und der freien Meinungsäußerung – im Art. 5 des deutschen Grundgesetzes, in der Grundrechtecharta der Europäischen Union sowie im internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen verankert. Nichtsdestotrotz wird heutzutage oft über die Grenzen der Wissenschaftsfreiheit diskutiert. Im Rahmen der Veranstaltung „**Wissenschaftsfreiheit: Sind wir auf dem Weg in den intellektuellen Lockdown?**“ erörterte **Dr. Sandra KOSTNER**, Gründerin des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit und Geschäftsführerin des Masterstudiengangs „Interkulturalität und Integration“ an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, am **31. Mai 2023** vor gut 50 Leuten im Café Scruton V.P. die aktuelle Lage des höchsten Guts der Wissenschaft in Deutschland. Die Veranstaltung wurde von **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, sowie **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**, Historiker und Visiting Fellow am DUI, eröffnet und von **Dr. Alexander GRAU**, Journalist und ebenfalls Visiting Fellow am DUI, moderiert. Den Link zum Bericht finden Sie [hier](#).



19. JUNI 2023 (MONTAG) | 19.00 UHR

MEDIENHAUS IN MÜNCHEN
THOMAS-WIMMER-RING 11, 80539 MÜNCHEN

Folgt man der Berichterstattung der deutschen Leitmedien, ist ein Urteil über Ungarn schnell gefällt. Aber handelt es sich bei dem seit 2010 von Viktor Orbán regierten kleinen Land in Mitteleuropa wirklich um eine Autokratie voller Korruption? Ein knappes Jahr lang begab sich **Prof. Dr. Werner J. PATZELT** als Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit vor Ort auf Spurensuche. Seine Eindrücke und Forschungsergebnisse verarbeitete er im Rahmen eines umfassenden Buches. Zur erstmaligen deutschsprachigen Präsentation seines neuesten Werkes veranstaltet der **Langen Müller Verlag** in Kooperation mit dem **Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium (MCC)** eine **Buchvorstellung** mit dem Titel „**Ungarn verstehen – Geschichte, Staat, Politik**“ samt anschließender Podiumsdiskussion mit **Prof. Dr. Werner J. PATZELT**, Professor em. für Politische Systeme und Systemvergleich der TU Dresden und Forschungsdirektor des MCC Brüssel, und **Dr. Alexander GRAU**, Autor, Philosoph, Wissenschafts- und Kulturjournalist sowie Visiting Fellow des Deutsch-Ungarischen Institutes. Die Veranstaltung findet am 19. Juni 2023 um 19.00 Uhr im Medienhaus in München, Thomas-Wimmer-Ring 11, 80539 München, statt. Mehr Details zur Veranstaltung und die Möglichkeit zur Registrierung finden Sie auf unserer [Website](#).

Zur Vertiefung der deutsch-ungarischen Beziehungen veranstalten das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit und die Deutsch-Ungarische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. ein **Summer Camp** für junge Erwachsene unter dem Motto „**Deutschlands und Ungarns Zukunft in Europa**“. Das Summer Camp findet zwischen vom **6. bis zum 10. August 2023** in **Révfülp am Balaton / Plattensee** statt. Für mehr Informationen besuchen Sie unsere [Homepage](#).

Veröffentlichungen

Bence BAUER, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, schreibt in seinem neuesten Artikel bei der **Weltwoche** über mögliche Auswege aus dem Krieg in der Ukraine. „Wer es ernst meint mit dem Frieden in der Ukraine, muss auf Verhandlungen drängen. Ungarn bietet sich als neutraler Ort für solche Gespräche an.“ – so Bauer, dessen Artikel „**Unsere Verantwortung für Europa**“ Sie unter folgendem [Link](#) finden können.

„Die ungarische bürgerliche Regierung von Viktor Orbán ist das Schreckgespenst der Linksliberalen und Grünen in ganz Europa, auch in Deutschland. Warum eigentlich?“ – fragt **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, in seinem Artikel „**Debatten um Ungarn – Debatten um Deutschland?**“, der bei [Tichys Einblick](#) veröffentlicht wurde.

„Regierungsnahe wie -kritische ungarische Medien schreiben einhellig positiv über den Papstbesuch, der eine große Ehre für das Land darstelle. Von Papst Franziskus’ Appell für offene Türen ist da nur am Rande die Rede. Ist das nur ein Missverständnis?“ – schreibt **Martin BÖHM**, Forschungskordinator am Deutsch-Ungarischen Institut, im als Nachtrag zum Papstbesuch in Budapest. Den Artikel „**Der Papst im toten Winkel deutscher Medien**“, der in der Printausgabe der **Preußischen Allgemeinen Zeitung** (19/2023) erschienen ist, können Sie auf unsere [Homepage](#) lesen.

Besuchstipp

Der Plattensee (Balaton), der im Volksmund auch als „ungarisches Meer“ bezeichnet wird, ist zweifellos die erste Anlaufstelle für alle Ungarn-Urlauber, die es zum Baden ins Karpatenbecken zieht. Viele vergessen, dass Ungarn nicht nur den Plattensee als exzellentes Nass anzubieten hat – östlich der Donau findet sich mit dem Theiß-See Ungarns größter künstlicher See, der in den 80er-Jahren zum „Balaton des Ostens“ avancierte. Viel günstiger als sein Pendant jenseits der Donau, bot der Theiß-See vor allem für die Mittel- und Unterschicht Ungarns eine erschwingliche Alternative zum Urlaub im Westen des Landes an. Noch immer wird der Theiß-See von ausländischen Touristen vergleichsweise wenig frequentiert, für viele Ungarn ist er jedoch zwingender Bestandteil eines jeden Sommers.



Der Tisza-tó bei Abádszalók (Quelle: abadszalok.kornyeke.hu)

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Martin Josef Böhm

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu